

Anrede

Herzlichen Dank für den Vorab-Versand des Tätigkeitsberichts. Ich erlaube mir, nur auf einige wenige Punkte einzugehen, die aus unserer Sicht eher grundsätzlicher Natur sind. Dabei will ich es nicht versäumen, Ihnen, Herr Präsident, sowie Ihren beiden Stellvertretern und der Geschäftsstelle, ebenso wie Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Die Entwicklungen, die das klassische deutsche System der sozialen Sicherung inzwischen in vielen Bereichen dysfunktional erscheinen lassen, sind vielfältig: Neue und erweiterte Leistungsanforderungen - man denke nur an den Bereich der Pflege - sind hinzu gekommen. Die Professionalisierung von Aufgaben, die vormals eher von Ehrenamtlichen und in der Familie erledigt wurden, nimmt scheinbar unaufhaltsam zu. Die (menschenrechtlich zu Recht begründeten) Ansprüche an Selbstbestimmung sind gestiegen und nicht mehr mit standardisierten, sondern nur noch mit individuellen Formen der Leistungserbringung zu bewältigen.

„Sämtliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Eingliederungshilfeleistungen sind an den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu orientieren.“ So eröffnen Sie, Herr Verbandspräsident, Ihren Bericht zur Eingliederungshilfe. Wie so oft liegen Wunsch und Wirklichkeit noch weit auseinander. Es gibt noch keine klaren Vorstellungen, wie die Konvention umzusetzen, wie sie gelebt werden kann. Noch gibt es viel zu viele Barrieren in unseren Köpfen; ja, Denkverbote. Ist es legitim über den Ausstieg aus dem BBW nachzudenken, um sich vor Ort aufzustellen? Ist es legitim den Umbau stationärer Wohnheimplätze einzufordern? Ist es richtig, Förder- und Regelschulen nebeneinander bestehen zu lassen? Und für mich die zentrale Frage: dürfen wir so weitermachen ohne die Betroffenen zu beteiligen?

Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, dass es in den einzelnen Bezirken Aktionspläne geben müsste, dass Ihre Forderung, sich an den Vorgaben der UN-Konvention zu orientieren, quasi als Headline bei allen Entscheidungen mitlaufen muss. Das ist noch ein weiter Weg, bis wir so weit sind. Die inneren und die äußeren Widerstände sind enorm. D.h. aber nicht, sich wegzuducken, sondern gemeinsam zielorientiert zu arbeiten.

Ihre – und unsere Hoffnungen – scheinen sich auf das Bundesleistungsgesetz zu focusieren. Wir sind uns einig, dass der Bund, ebenso wie der Freistaat Bayern, "mit ins Boot geholt werden müssen“, wenn es um Leistungen für Menschen mit Behinderung geht. Wie das rechtlich zu gestalten ist, ob über ein Bundes-Teilhabe- oder ein Bundes-Leistungsgesetz ist noch intensiv zu diskutieren. Hinter dieser Hoffnung verbirgt sich der Wunsch, endlich weniger abhängig vom „Wohlwollen“ des Freistaates zu sein und weniger Druck von den Kommunen, den Landkreisen und kreisfreien Städten, zu spüren. So erfreulich der jetzt erreichte Kompromiss ist, bleibt

die Frage, wie viel Gestaltungsspielraum den Bezirken bei einer Realisierung bleibt. Frei nach dem Motto „wer zahlt, schafft an“.

Wir stehen für ein transparentes und gerechtes Finanzierungssystem. Einer Finanzierung der Aufgaben der Bayerischen Bezirke aus dem Steuerverbund stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Mit Modellrechnungen können vorab Unstimmigkeiten aus dem Weg geräumt werden.

Das deutsche Sozialrecht und die Sozialstaatspraxis ist viel zu defizitorientiert, nachlaufend sowie reparaturfixiert. Stets gilt es, ein Defizit auszugleichen. Vernachlässigt werden die Fähigkeiten und Eigenressourcen der auf Unterstützung angewiesenen Personen. In der Stärkung von Eigenverantwortung und Motivation sehen wir die Chance, sozialstaatliche Unterstützung wirkungsvoller und damit auch wirtschaftlicher zu machen.

Ein schönes Schlagwort ist Ihr „**Personenzentriertes Verwaltungshandeln**“ – da sind wir ganz bei Ihnen. Aber lassen Sie uns gemeinsam mit den Leistungsberechtigten und den Leistungserbringern diesen Weg beschreiten. Nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern gemeinsam muss um die besten, individuellen Lösungen gerungen werden. Hier fehlt es nach wie vor an Steuerungsinstrumenten, an der Bereitschaft miteinander neue Wege zu gehen und nicht an alten Strukturen festzuhalten.

Erlauben Sie mir, wahllos noch ein paar „Highlights“ herauszugreifen. Sie werden rasch merken, worauf ich hinaus will.

- **Neuer Begriff der Pflegebedürftigkeit**
Sie selbst, Herr Verbandspräsident, sprechen davon, dass der Referentenentwurf für die Pflegeversicherung hinter den Erwartungen zurück bleibt. Da stimmen wir mit Ihnen überein. Nur: Wer trägt die Verantwortung dafür? Ihre Partei, gemeinsam mit der CDU und der FDP.
- **Inklusives Schulsystem – Weder ist Bayern das erste Bundesland, in dem ein inklusives Schulsystem eingeführt wurde – noch ist das bayerische Schulsystem inklusiv!**
„Die Bezirke begrüßen alle Bestrebungen, in Bayern ein inklusives Schulsystem auf den Weg zu bringen und dabei die Förderschulen als Bildungsorte beizubehalten.“ Sie selbst sagen dann, „der Freistaat Bayern wird seiner bildungspolitischen Verantwortung, ein inklusives Schulsystem voranzubringen, mit diesem System nicht gerecht“.
Ich sage Ihnen erneut, es ist Ihre Partei, die gemeinsam mit der FDP hier nichts Vernünftiges zu Wege bringt.
- **Pauschalisiertes Entgeltsystem**
Viel Bemühen – um nichts. Die eingebrachten Änderungsvorschläge wurden wohl im Bay. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wohlwollend geprüft und an die Bundesebene weitergeleitet. Nur im Referentenentwurf vom 7. November 2011 scheint nichts davon zu stehen. Spätestens am 1.1.15 ist die Anwendung des Vergütungssystems für alle Krankenhäuser verbindlich. Nicht zu unrecht wird eine weitere Verkürzung der Verweildauer befürchtet. Dass das enorme Auswirkungen auf das flankierende System und auch einen verstärkenden

„Drehtüreffekt“ haben kann, ist höchst wahrscheinlich. Und spätestens da sind die Bezirke erneut gefordert.

Die Aufzählung könnte ich fortsetzen: BayKiBiG, Bafög ...

Die Kollegen der FDP regen heute in ihrem Antrag an, dass wir uns für ein PsychKG stark machen sollen. Sie rennen bei uns offene Türen ein. Die weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Zahl an Zwangseinweisungen spricht für sich. Die dahinter liegenden Probleme sind nicht ordnungspolitisch, sondern durch verbesserte Strukturen in einer gut vernetzten Versorgungslandschaft zu lösen.

Dabei ist insbesondere auch auf eine verbesserte Vernetzung der Institutsambulanzen, den Kliniken und den SpDis zu achten. Die Altersgruppe der häufig schlecht erreichbaren unter 18-jährigen auch in den SpDis ist genauer zu beleuchten. In Berlin funktioniert das schon.

- **Kultur**

Es freut uns, dass auch die Kulturarbeit unter den „Anforderungen“ der UN-Konvention und unter den Fragestellungen, die die sog. „Energiewende“ mit sich bringt, ins Blickfeld geraten ist. Uns scheint es aber nicht ausreichend, wenn lediglich mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege das Gespräch gesucht wird. Ein genauso wichtiger Partner könnte auch der BUND sein. Besonders für meine Kollegen aus Oberbayern darf ich Sie, Herr

Verbandspräsident, zitieren: „ ... dass gerade die Bezirke in der Lage sind, die historischen Dimensionen und die aktuelle Bedeutung von Kulturräumen zu definieren, da sie nicht Einzelinteressen örtlicher Institutionen vertreten, sondern regionale Zusammenhänge überblicken“. Ich darf an zuletzt im Bezirk Oberbayern geführte Debatte zur Dritten Startbahn des Münchner Flughafens erinnern. Nur mit Mühen waren ein Teil der politischen Vertreter und der Verwaltung davon zu überzeugen, dass wir, als Vertreter des Bezirks Oberbayern uns dazu äußern dürfen, ja müssen.

Also, auch da stimmen wir mit Ihnen überein. Wer, wenn nicht gerade die Bayerischen Bezirke können mahnen und intervenieren, wenn es um die Zerstörung unserer Natur, unserer Heimat geht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit